

Krisengewinner? Sennheiser ist schwer getroffen

Der Audiospezialist leidet unter dem Stillstand der Veranstaltungsbranche, und sogar Kopfhörer laufen schlecht. Nun fällt fast jede vierte Stelle weg.

Von Christian Müßgens, Hamburg

Corona hat die Konzertbranche lahmgelegt. Große Veranstaltungen wie der Eurovision Song Contest sind ausgefallen, Musikclubs und Diskos mit Live-Events bleiben weiter zu. Das trifft nicht nur die Veranstalter, sondern auch die Technikproduzenten, etwa den Audiospezialisten Sennheiser. Im Geschäft mit Mikrofonen und anderer Bühnentechnik herrscht Flaute, teilte das Unternehmen in dieser Woche mit. Auch der Weltmarkt für Kopfhörer liege am Boden, weil Elektronikmärkte lange dicht waren. Als Reaktion will das Unternehmen seine „Organisationsstruktur an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen“, wie Daniel Sennheiser, einer der beiden Geschäftsführer, ankündigte. Für die Mitarbeiter bedeutet das harte Einschnitte.

Bis Ende des Jahres 2022 will das Unternehmen aus der Wedemark nahe Hannover bis zu 650 Stellen abbauen, fast ein Viertel der Belegschaft von zuletzt 2800 Mitarbeitern. 300 Stellen werden in Deutschland betroffen sein, wo Sennheiser 1400 Leute beschäftigt. „Wir sind ein Familienunternehmen, und jeder einzelne unserer Mitarbeiter ist Teil des Teams“, sagte Ko-Chef Andreas Sennheiser in dieser Woche. „Vor diesem Hintergrund fällt uns dieser Schritt sehr schwer, und es ist uns wichtig, betriebsbedingte Kündigungen so weit wie möglich zu vermeiden und mit den Mitarbeitern individuelle Lösungen zu finden.“

Die Eingriffe seien dringend nötig, da das Unternehmen einen „signifikanten Umsatz- und Ertragsrückgang“ erwartet. Allein im Kopfhörergeschäft seien die Erlöse zuletzt im Gleichschritt mit der Marktentwicklung um 30 bis 40 Prozent gefallen, und auch die anderen Segmente seien stark unter Druck. Einzige Ausnahme dieser Entwicklung sei das Segment für Studiomikrofone der haus-eigenen Marke Neumann, das über den Erwartungen liege. „Das wird natürlich auch dadurch getrieben, dass viele Leute im Moment ihr Homeoffice oder ihr Home-Studio ausrüsten“, sagte Andreas Sennheiser. Am stärksten wird der Stellenabbau die Zentralfunktionen betreffen, etwa die Abteilungen rund um Logistik und Einkauf, aber auch Personalwesen und Teile des Service-Geschäfts. Dort wird nach Planung von Sennheiser weniger Personal gebraucht, weil das Unternehmen mehr Aufgaben in seine beiden wichtigsten Sparten verlagern will. Die operative Verantwortung werde vollständig an die Divisionen Consumer und Professional übertragen, eine Zentralisierung, die Sennheiser schon vor einigen Jahren begonnen hatte. Damals ging es darum, die Beweglichkeit im immer härteren Wettbewerb mit weit größeren Rivalen wie Sony oder Panasonic zu erhöhen. Auch neue Angreifer wie der von Apple übernommene Konkurrent Beats by Dr. Dre erhöhten den Druck im Markt.



Klang der Geschichte: Ein historisches Sennheiser-Mikrofon

Foto Patrick Slesiona

Das sich an dieser Ausgangslage wenig geändert hat, zeigen die Zahlen für das vergangene Jahr, die Sennheiser in dieser Woche vorgelegt hat und selbst als „durchwachsen“ bezeichnet. Zwar legte der Umsatz um 6,5 Prozent auf 757 Millionen Euro zu, die ursprünglichen Wachstumspläne wurden damit aber verfehlt. Das lag vor allem am Geschäft mit Kopfhörern und anderer Technik für den Alltag, das weiter zurückfiel, während das Segment für Profi-Anwendungen kräftig zulegte. Der Gewinn vor Zinsen und Steuern ging in Summe von gut 21 Millionen Euro auf rund 19 Millionen Euro zurück, was unter anderem an höheren Investitionen lag. „Auch in den

kommenden Jahren werden wir weiter im Bereich Entwicklung investieren“, sagte Andreas Sennheiser. „Dabei werden wir wie bereits in der Vergangenheit eng mit unseren Kunden und Partnern zusammenarbeiten.“ Im Mittelpunkt steht unter anderem das Technologieprogramm Ambeo. Diese Anwendung, die Sennheiser in einer ganzen Reihe von Neuheten verwendet, hat mit der Optimierung von dreidimensionalem Klang zu tun. Sie ermöglicht unter anderem, herkömmliche Stereo-Aufnahmen mit speziellen Algorithmen in Sound umzuwandeln, der sonst nur mit aufwendigeren Aufnahmeverfahren, sogenannten 9.1-Aufnahmen, möglich ist.

Wie Amerika Huawei das Leben schwermacht

Erfolge in der Kampagne gegen die Chinesen

wvp. WASHINGTON. Die Regierung der Vereinigten Staaten versucht mit großer Zielstrebigkeit, den globalen Einfluss des chinesischen Telekom-Ausrüsters Huawei zu minimieren. Die Strategie hat drei Elemente: potentielle Huawei-Kunden entmutigen, Huawei schwächen und die Konkurrenz stärken. Der chinesische Weltmarktführer steht im Verdacht, beim Ausbau der 5G-Infrastruktur für das superschnelle Internet in der ganzen Welt Zugänge zu ermöglichen. Huawei weist den Verdacht stets zurück. Doch den Amerikanern geht es nicht nur um Cybersecurity-Risiken. Sie sehen 5G als eines der Felder, auf denen die globale Technologieführerschaft entschieden wird, und nehmen missmutig zur Kenntnis, dass es keinen amerikanischen Ausrüster gibt, der Huawei Paroli bieten könnte. Noch nicht.

Die jüngste Maßnahme der Amerikaner gehört in die Kategorie Hauptzut: Die Netzaufsichtskommission stufte Huawei und den chinesischen Konzern ZTE als Sicherheitsrisiko ein. Das hat zur Konsequenz, dass Netzwerkbetreiber nicht auf den staatlichen Subventionen im Umfang von 8,3 Milliarden Dollar zurückgreifen können, wenn sie auf Technik der chinesischen Konzerne setzen. Schon seit Mai 2019 steht Huawei auf der schwarzen Liste des amerikanischen Wirtschaftsministeriums. Damit müssen amerikanische Unternehmen, die dem Konzern Technologie verkaufen wollen, eine Sonderlizenz beantragen. Die Begründung lautete, Huawei gefährde die nationale Sicherheit, indem es unter anderem verbotene Geschäfte mit Iran mache. Die Huawei-Finanzchefin wurde wegen angeblicher Vergehen in diesem Kontext in Kanada auf Antrag New Yorker Staatsanwälte festgenommen und ist unter Hausarrest.

Die nächste Eskalationsstufe erfolgte im Mai: Seitdem verlangt die amerikanische Regierung auch von ausländischen Chip-Herstellern, dass sie eine Sondererlaubnis in Washington einholen, bevor sie Geschäfte mit Huawei machen. Das gilt zumindest, wenn die Chip-Produzenten amerikanische Technik verwenden. Der Vorstoß zielt offenbar vor

allem auf den taiwanischen Konzern TSMC, einen zentralen Lieferanten für Huawei. Parallel zu den Versuchen, den Konzern von Technologielieferungen abzuschneiden, bemüht sich das Außenministerium, den Verbündeten die Verwendung von Huawei-Technik beim Ausbau der 5G-Infrastruktur auszurenden – mit wachsendem Erfolg.

Hatte der britische Premierminister Boris Johnson noch im Januar nach Beratung mit seinen Geheimdiensten entschieden, Huawei könne am Ausbau der 5G-Infrastruktur mitwirken, droht dem Konzern nun die Auslistung. Die Begründung der zuständigen Minister im Londoner Kabinett lautet, dass wegen der amerikanischen Sanktionen Huawei womöglich kein zuverlässiger Lieferant mehr sei. In Indien scheint ebenfalls ein Stimmungswandel möglich nach dem Grenzkonflikt mit China. Das Land hat bereits Wechat, Tiktok und weitere chinesische Apps verboten. Jetzt stellt Minister die Beteiligung von Huawei und ZTE am Aufbau der 5G-Infrastruktur in Frage. Zuvor hatten schon Australien, Neuseeland, Japan und Taiwan sich von Huawei abgewandt. Deutschland vertritt trotz großem Druck aus Washington die Linie, Huawei unter verschärften Sicherheitsauflagen zuzulassen.

Aus amerikanischer Sicht stellt sich die Frage, ob das alles reicht, um Huawei Paroli zu bieten. Die beiden Konkurrenten Ericsson aus Schweden und Nokia aus Finnland sind am besten positioniert für den Konkurrenzkampf, doch womöglich zu finanzschwach im Vergleich zu den staatlichen Zuwendungen, die auf Huawei zählen kann. Das vermutet zumindest der Justizminister der Vereinigten Staaten, William Barr. Er wiederholte deshalb in einem Fernsehinterview seine Idee, dass die amerikanische Regierung oder ihre westlichen Alliierten sich an einem der beiden skandinavischen Konzerne beteiligen sollten, um sie zu stärken. Eine westliche Allianz soll bis zu zehn Milliarden Dollar in die Unternehmen einschleusen, drei Milliarden davon könnten von der amerikanischen Regierung kommen. Vorgeschlagen wird auch, dass Cisco oder Google sich an den Konzernen beteiligen könnten, um sie zu stärken.

Wie Novartis Ärzte schmierte

Schweizer Pharmakonzern büßt für frühere Verfehlungen in Amerika

rit. ZÜRICH. Der Schweizer Pharmakonzern Novartis hat die jahrelang schwelenden Rechtsstreitigkeiten in den Vereinigten Staaten mit einem Vergleich beendet. Das Basler Unternehmen zahlt den amerikanischen Behörden insgesamt 729 Millionen Dollar und wird im Gegenzug nicht weiter wegen des Verdachts der Bestechung strafrechtlich verfolgt. Die unterstellten Vergehen beziehen sich auf die Zeit zwischen 2002 und 2014. Gemäß den von amerikanischen Justizbehörden veröffentlichten Ermittlungsergebnissen hat der Konzern in Amerika über viele Jahre systematisch und in großem Stil Ärzte bestochen. „Mehr als ein Jahrzehnt lang gab Novartis Hunderte von Millionen Dollar für sogenannte Referentenprogramme aus, darunter Vortragshonore, exorbitante Mahlzeiten und teure Alkoholika,

die nichts anderes als Bestechungsgelder waren, um Ärzte im ganzen Land dazu zu bewegen, Novartis-Medikamente zu verschreiben“, sagte die amerikanische Staatsanwältin Audrey Strauss aus dem für den Fall zuständigen Büro im südlichen Bezirk von New York.

Nach Angaben der Ermittler fanden die gutbezahlten Veranstaltungen vielfach in Gourmetrestaurants von Luxus-hotels wie dem „Four Seasons“ sowie auf Weingütern und in Golfclubs statt, wobei vermeintliche Informationsvermittlung über die Wirkung bestimmter Mittel gegen Bluthochdruck und Diabetes zuweilen nur wenige Minuten gedauert habe. In einer Reihe von Fällen habe Novartis die Ärzte auch für Vorträge auf Veranstaltungen bezahlt, die niemals stattgefunden hätten. Manche Novartis-Außendienstmitarbeiter hätten Ärzte

auch zu Angeltouren, Sportveranstaltungen und Weinproben eingeladen. Der damalige „Chief Compliance Officer“ von Novartis, also jener Manager, der für ein gesetzeskonformes Verhalten zu sorgen hat, soll in Schulungen die eigenen Mitarbeiter dazu angehalten haben, für die Organisation dieser Termine möglichst wenig schriftlich zu kommunizieren.

Als Teil der Einigung mit den Behörden sagte Novartis zu, Vortragsprogrammen in den nächsten fünf Jahren nur in beschränkter Zahl und rein virtuell durchzuführen. Konzernchef Vasant Narasimhan sagte, Novartis sei heute ein anderes Unternehmen – mit einer neuen Führung, einer stärkeren Kultur und einer umfassenderen Verpflichtung zu ethischem Verhalten.“ Für die drohende Bestrafung aus dem Vergleich hatte Novartis schon 2019 in der Bilanz vorgesorgt.

Kurze Meldungen

Bayer sammelt Milliarden

Der Pharma- und Agrarchemiekonzern Bayer hat neue Anleihen in Höhe von 6 Milliarden Euro begeben. Die vier Tranchen in Höhe von je 1,5 Milliarden Euro haben Laufzeiten zwischen vier und zwölf Jahren, die Anleihe war nach Bayer-Angaben mehrfach überzeichnet. Die Kapitalaufnahme braucht Bayer unter anderem für den Vergleich im Glyphosat-Streit, der mehr als 10 Milliarden Dollar kostet. joja.

Ego in der Insolvenz

Für den Aachener Elektrohersteller Ego Mobile wird es immer enger. Das Amtsgericht hat das Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung eröffnet. Die Produktion wird im Juli komplett gestoppt. Es gebe aussichtsreiche Gespräche mit nationalen und internationalen Investoren, heißt es in einer Mitteilung. „Wir sind daher zuversichtlich, mit was mehr Zeit eine gute Lösung zu finden“, sagte Gründer Günther Schuh. bü.

Aufzüge ziehen um

Die Aufzugsparte von ThyssenKrupp verlegt ihren Hauptsitz von Essen nach Düsseldorf. Rund 400 Mitarbeiter, die bisher im Konzernhauptquartier arbeiten, sind von dem im ersten Quartal 2021 geplanten Umzug betroffen. ThyssenKrupp hat die Sparte an ein Konsortium aus Finanzinvestoren verkauft. Der Eigentumswechsel ist für Ende Juli geplant. bü.

BMW ohne seltene Erden

hpe. MÜNCHEN. In einigen Wochen bringt BMW den iX3 auf den Markt. Es wird das erste Elektroauto der weiß-blauen Marke sein, das mit der neuen, fünften Generation der sogenannten eDrive-Technologie ausgestattet ist. Diese umfasst eine Antriebsinheit, bei der Elektromotor, Leistungselektronik und Getriebe integriert in einem zentralen Gehäuse zusammengefasst sind. Für BMW-Chef Oliver Zipse ist dieser Motor, produziert im Werk Dingolfing, „ein echtes Stück Hochtechnologie aus Bayern“, wie er am Mittwoch anlässlich des Produktionsstarts im Beisein von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte. Der E-Motor der neuen Generation des Zipse zufolge ohne seltene Erden aus, so dass sich BMW unabhängig von deren Verfügbarkeit mache. „Schon 2022 werden wir allein in Dingolfing E-Antriebe für über eine halbe Million elektrifizierte Fahrzeuge pro Jahr fertigen können“, sagte er. Die Zahl der Mitarbeiter sei seit Januar von 600 auf 1000 gestiegen und werde mittelfristig auf 2000 erhöht. Im kommenden Jahr soll jeder vierte in Europa verkaufte BMW ein Hybrid- oder E-Auto sein, 2022 jeder dritte. BMW lässt seine Batteriezellen zuliefern, baut seine Batterien damit aber selbst, und zwar nicht nur in Dingolfing, sondern auch im amerikanischen Spartanburg und im chinesischen Shenyang. Der iX3 läuft von September an in China vom Band. Aus Dingolfing kommt 2021 der elektrische und autonom fahrende iNext.

Tech-Konzerne im Kongress

lid. NEW YORK. Im amerikanischen Kongress wird es in den kommenden Wochen voraussichtlich zu einer prominent besetzten Veranstaltung kommen: Vier der bekanntesten Vorstandscheffe aus der Technologiebranche haben zugesagt, an einer Anhörung vor einem Ausschuss des Kongresses teilzunehmen, der etwaige Kartellverstöße prüft. Dies sind Jeff Bezos von Amazon, Tim Cook von Apple, Mark Zuckerberg von Facebook und Sundar Pichai von der Alphabet-Holding um den Internetkonzern Google. Der Ausschuss und Kartellbehörden beschäftigen sich mit der Frage, ob diese Unternehmen mit ihren Geschäftspraktiken den Wettbewerb behindern. Nach einem Bericht der „New York Times“ soll die Anhörung Ende Juli stattfinden, es gibt aber noch keine Bestätigung für einen Termin. Offen ist auch, ob die vier Vorstandscheffe vor Ort in Washington auftreten oder virtuell zugeschaltet werden. Bei der Anhörung dürfte es neben kartellrechtlichen Fragen auch um andere Kontroversen gehen, etwa den Umgang von Facebook mit Hasskonten, der gerade zu einem Werbeboykott geführt hat.



„ICH SETZE MICH FÜR EIN STARKES, GEMEINSAMES EUROPA EIN!“

„Denn als Inhaber einer deutsch-französischen Bankengruppe weiß ich aus Erfahrung, wie förderlich es für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt ist, die komplementären Stärken der Menschen in Europa über mehr Austausch zu verbinden und Ihre unmittelbare Zusammenarbeit zu unterstützen.“

Philippe Oddo
Geschäftsführender Gesellschafter und
Vorstandsvorsitzender ODDO BHF

Corona hat unsere Welt verändert. JETZT SIND UNSERE WERTE GEFRAGT: Respekt zeigen, Solidarität stärken, Verantwortung übernehmen. Die Werte-Stiftung hat bekannte Persönlichkeiten gebeten, sich zu Ihrem individuellen Beitrag zu bekennen. Lassen Sie sich inspirieren!

www.wertesiftung.org

WERTE
STIFTUNG

WIR ÜBERNEHMEN
VERANTWORTUNG.
WIR LEISTEN EINEN
BEITRAG.